



Nicht alle können so, wie sie wollen

Sparen. Das Geldvermögen der Deutschen steigt und steigt. Im Durchschnitt legten die Bundesbürger im Jahr 2011 fast 680 Euro zusätzlich in kurzfristigen Sparformen an. Quer durch die Republik gibt es jedoch große Unterschiede beim Sparaufkommen.

Rund 4.700.000.000.000 Euro – so viel privates Geldvermögen besaßen die Deutschen am Ende des Jahres 2011. Davon bunkerte laut Postbank jeder Bundesbürger im Schnitt 19.000 Euro in kurzfristigen Sparanlagen, also auf Giro-, Spar-, Tagesgeld- und Festgeldkonten. Allerdings variiert das Sparguthaben

stark von Bundesland zu Bundesland (Grafik):

Sparmeister sind die Hessen. Sie hatten im Jahr 2011 durchschnittlich 34.600 Euro in klassischen Sparprodukten angelegt – rund dreimal so viel wie die Sparer in Ostdeutschland.

Möglicherweise ist das hessische Ergebnis statistisch verzerrt – denn

Frankfurt ist die deutsche Bankenmetropole und das dort angelegte Geld wird Hessen zugeschlagen, obwohl es zum Teil aus anderen Regionen der Republik stammt. In den Banken und um sie herum wird aber auch gut verdient – und viel gespart.

Auch wenn das Gefälle zwischen den 16 Ländern groß ist, so ist das Pro-Kopf-Guthaben von 2010 bis 2011 doch überall gestiegen – selbst in Bremen, wo das Geldvermögen in den beiden Vorjahren noch geschrumpft war. Als besonders →

Hessen sparen am meisten

So viel Euro hatten die Bundesbürger 2011 durchschnittlich pro Kopf in klassischen, kurzfristigen Geldanlagen angelegt – also auf Giro- und Sparkonten, Tagesgeld- und Festgeldkonten



Hessen	34.624	1.394
Hamburg	23.757	419
Bayern	22.456	636
Berlin	22.071	2.383
Baden-Württemberg	20.965	565
Rheinland-Pfalz	17.897	212
Bremen	17.781	186
Saarland	17.101	549
Nordrhein-Westfalen	16.711	614

Veränderung gegenüber Vorjahr

Schleswig-Holstein	16.505	328
Niedersachsen	16.438	612
Sachsen	11.935	316
Thüringen	11.023	312
Sachsen-Anhalt	10.542	324
Brandenburg	10.295	358
Mecklenburg-Vorpommern	9.945	342
Deutschland insgesamt	18.998	676

Quellen: Deutsche Bundesbank, Postbank

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - wvd 4

Inhalt

Energiewende. Die Ziele, die Deutschland bis 2020 erreichen will, liegen noch in weiter Ferne. Seite 3

Öffentlicher Dienst. Die Gewerkschaft ver.di will 2013 für die Beschäftigten in den Bundesländern deutliche Lohnsteigerungen durchsetzen. Seiten 4-5

Demografischer Wandel. Unterstützt von der städtischen Wirtschaftsförderung lösen Unternehmen im westfälischen Hamm erfolgreich demografisch bedingte Probleme. Seite 6

Euro-Krisenländer. Die südeuropäischen Banken locken die Sparer mit hohen Zinsen und kämpfen so gegen Liquiditätsengpässe. Seite 7

Straßenverkehr. Gemessen an der Verkehrsleistung sind die Emissionen von Pkws und Lkws in Deutschland zuletzt deutlich gesunken. Seite 8

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ eifrige Sparer erwiesen sich zuletzt die Berliner: Sie zwackten 2011 pro Kopf 2.380 Euro für die spätere Verwendung ab – das ist dreieinhalbmal so viel wie im Bundesdurchschnitt.

Insgesamt legten 2012 fast drei Viertel der Bundesbürger einen Teil ihres Geldes auf die hohe Kante – allerdings unterschiedlich häufig:

Fast 37 Prozent der Bundesbürger sparen jeden Monat einen bestimmten Betrag. Weitere 21 Prozent legen ab und zu etwas beiseite – etwa einen Teil des Weihnachtsgelds oder der Steuer-rückzahlung. Und knapp 15 Prozent der Deutschen füttern das Sparkonto regelmäßig mehrmals pro Jahr.

Die schlechte Nachricht: Rund jeder vierte Deutsche konnte 2012 laut einer Postbank-Befragung keinen einzigen Cent zurücklegen; 2010 und 2011 waren es nur 16 bzw. 17 Prozent der Bevölkerung.

Die Sparfähigkeit ist generell rückläufig: Im Jahr 2011 gaben in Westdeutschland 80 Prozent der Be-

fragten an, sie hätten etwas in den Sparstrumpf gesteckt – ein Jahr später waren es nur noch 73 Prozent. Im Osten sank der Anteil der Sparer sogar von 87 auf 72 Prozent.

Damit bleibt die Sparfähigkeit weit hinter dem Sparwillen zurück. Denn laut Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) haben die Deutschen ein Sparziel von durchschnittlich rund 230 Euro im Monat. Im Jahr kämen so knapp 2.800 Euro für jeden Bürger zusammen – ein Wert, der 2011 zumindest in puncto kurzfristiger Geldanlage aber in keinem Bundesland erreicht wurde.

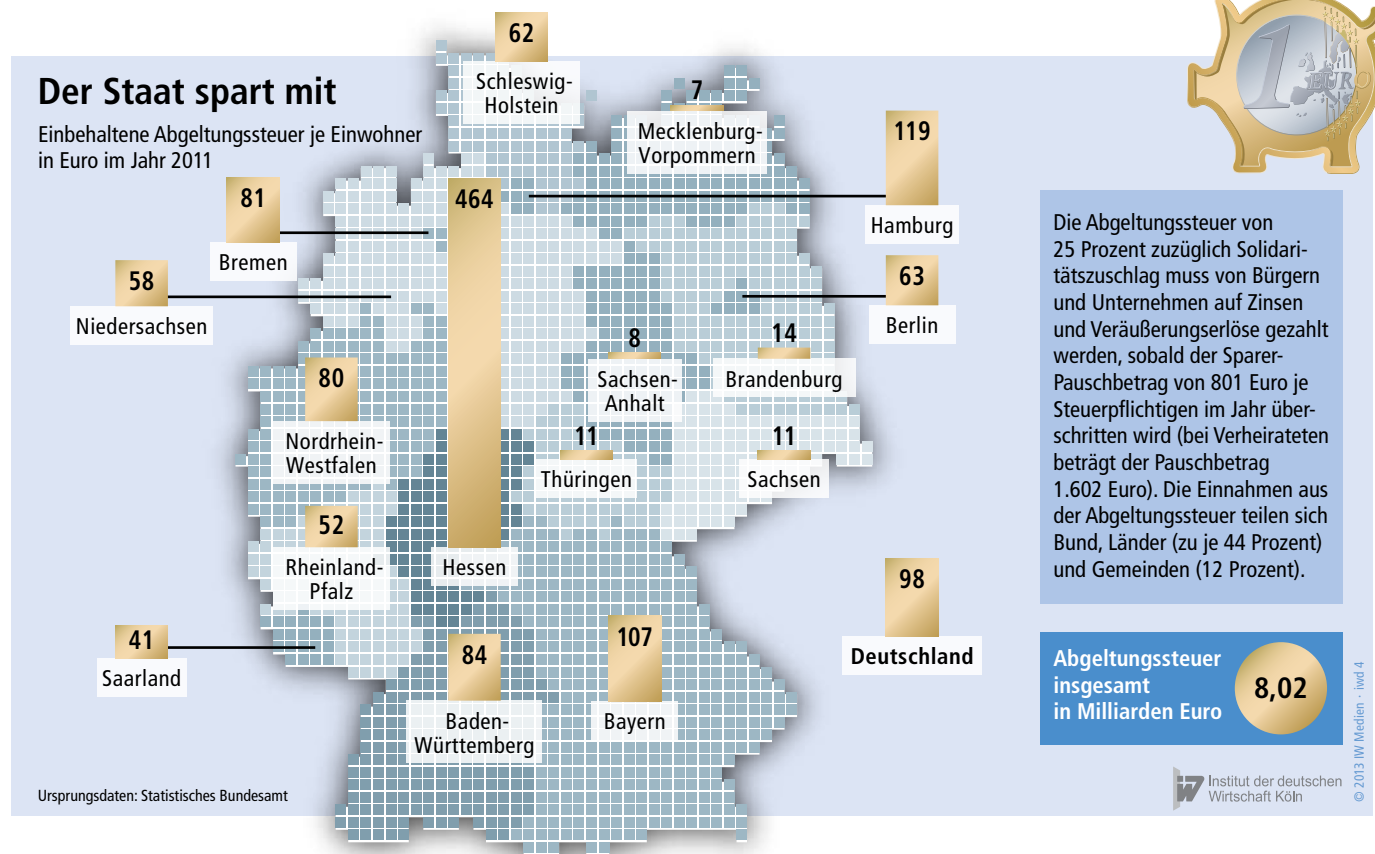
Doch es gibt eben nicht nur die klassischen Sparformen. Zwar hatten die privaten Haushalte Ende 2011 mit 1,9 Billionen Euro das meiste Geld als Bar-, Spar-, Sicht- oder Termineinlage angelegt. Dahinter kamen mit 1,4 Billionen Euro jedoch Geldanlagen bei Versicherungen, gefolgt von 395 Milliarden Euro in Investmentfonds, 247 Milli-

arden Euro in festverzinslichen Wertpapieren, 222 Milliarden Euro in Aktien und 492 Milliarden Euro in sonstigen Geldanlagen.

Wer Geld anlegt, möchte sein Vermögen auch mehren. Das ist mit den klassischen Sparformen bei den derzeit extrem niedrigen Zinsen sehr schwierig. Zudem müssen die Anleger einen Teil ihres Zugewinns über die 25-prozentige Abgeltungssteuer an den Staat abführen (Grafik):

Die Abgeltungssteuer auf Zinsen und Veräußerungsgewinne spülte Bund, Ländern und Gemeinden 2011 rund 8 Milliarden Euro in die Kassen.

Das ist zwar ein schöner Batzen Geld, trotzdem dürften die Finanzminister von Bund und Ländern sowie die Kämmerer der Gemeinden nicht zufrieden sein. Im Jahr 2009, also bevor die Zinsen wegen der Finanzkrise auf historisch niedrige Niveaus sanken, hatten die Einnahmen aus der Abgeltungssteuer noch nahezu 12,5 Milliarden Euro betragen – ein Minus von fast 35 Prozent.



Noch viel zu tun

Energiewende. Für die Energiewende existiert kein Masterplan, aber es gibt eine Reihe von Zielen, mit denen eine wirtschaftliche, sichere und umweltverträgliche Stromversorgung erreicht werden soll. Das Energiewende-Radar des IW Köln misst die Fortschritte.

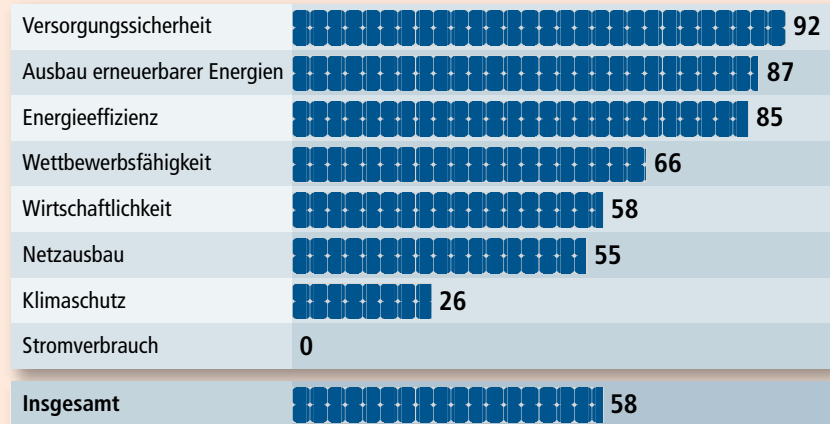
In der Öffentlichkeit wird zwar erst seit dem Atomausstieg von der Energiewende gesprochen, Deutschlands Weg zu einer umweltverträglichen Stromversorgung begann jedoch spätestens mit der massiven Förderung erneuerbarer Energien im Jahr 2000. Das Energiewende-Radar des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) beobachtet deshalb, wie sich acht verschiedene Indikatoren seither entwickeln, und misst, inwiefern die bis zum Jahr 2020 angestrebten Ziele erreicht werden können. Das Zwischenfazit für 2010/2011 zeigt eher durchwachsene Ergebnisse (Grafik):

Klimaschutz. Bis 2020 soll die Emission von Treibhausgasen drastisch reduziert werden. Bezogen auf die Stromerzeugung ist man davon weit entfernt. Bis 2011 wurde – verglichen mit den Werten von 2000 – lediglich ein Abbau von rund 5 Prozent erreicht. Rein rechnerisch müssten es rund 18 Prozent sein.


Die Abweichung ist insbesondere auf den steigenden Stromverbrauch zurückzuführen. Zwar decken erneuerbare Energien mittlerweile etwa ein Fünftel des Bedarfs; den Effekt des Mehrverbrauchs aber kompensieren sie nicht. Hinzu kommt, dass der Ausstieg aus der CO₂-freien Kernenergie sich zunächst negativ auf die Emissionen

Energiewende nicht auf Kurs

Das Energiewende-Radar des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln misst anhand acht verschiedener Kriterien, wie weit die Energiewende auf Kurs ist. Bei 100 Punkten verläuft die Entwicklung zwischen 2000 und 2020 nach Plan



Untersucht wurden z.B.: Energieeffizienz: Energieproduktivität soll jährlich um 2 Prozent steigen; Wettbewerbsfähigkeit: Strompreise der deutschen Industrie weichen deutlich vom EU-Durchschnitt ab; Wirtschaftlichkeit: Mit der EEG-Umlage von über 5 Cent wurden die angestrebten 3,5 Cent verfehlt
Stand: 2010; Ursprungsdaten: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Inid 4

des deutschen Strommix auswirken dürfte. In puncto Klimaschutz weist das IW-Energiewende-Radar daher nur 26 Punkte aus – bei 100 Punkten wäre die Entwicklung im Plan.

Stromverbrauch. Er ist zwischen 2000 und 2011 nicht – wie eigentlich erforderlich – um 2,5 Prozent gesunken, sondern um 5 Prozent gestiegen. Damit wird das von der Bundesregierung formulierte Ziel wohl vollständig verfehlt. Zu Recht wird dieses Ziel als unrealistisch kritisiert. Ohnehin lässt sich mehr Effizienz oder Verzicht beim Stromverbrauch politisch nicht erzwingen. Allerdings könnten die Möglichkeiten zum Stromsparen erweitert und Verbraucher verstärkt darauf aufmerksam gemacht werden. Hier steht das Energiewende-Radar nur auf null.

Zumindest in zwei von acht Bereichen ist Deutschland auf Energiewende-Kurs:

Versorgungssicherheit. Mit 92 von 100 Punkten hat dieser Indikator den höchsten Wert. Langfristig bestehen jedoch Risiken. Vor allem stellt sich die Frage, ob sich fossile

Kraftwerke in einem Strommarkt refinanzieren können, der von erneuerbaren Energien dominiert wird. Derzeit sind diese Kraftwerke zum Ausgleich der schwankenden Strommengen aus erneuerbaren Energien noch unverzichtbar. Die Regeln des Strommarktes müssen daher rechtzeitig zukunftsfest gemacht werden.

Ausbau erneuerbarer Energien. Hier erzielte Deutschland 2010 bereits 87 von 100 Punkten.

Unterm Strich ist die Energiewende zu einem erheblichen Teil bislang nur auf dem Papier vollzogen.

Insgesamt erreichen die acht Indikatoren im Energiewende-Radar nur gut 58 von 100 Punkten.

Die Energiewende ist damit nicht etwa schon zu mehr als der Hälfte geschafft. Vielmehr muss deutlich aufgeholt werden, um überhaupt wieder auf Kurs zu kommen.

Das vollständige Energiewende-Radar zum Download:

<http://www.insm.de/insm/Themen/Soziale-Marktwirtschaft/energiewende-radar.html>

Die Gewerkschaft pokert hoch

Öffentlicher Dienst. Ende Januar beginnen die Tarifverhandlungen für die rund 750.000 tariflich Beschäftigten der Länder. Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di will erreichen, dass die Löhne und Gehälter auf das Niveau im Bund und in den Kommunen angehoben werden. Dies würde die Haushalte der Länder allerdings erheblich belasten.

Seit 2005 geht die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) in der Lohnpolitik andere Wege als Bund und Kommunen. Der TdL gehörten bis Ende vergangenen Jahres 14 der 16 Bundesländer an, seit diesem Jahr ist auch Berlin wieder mit von der Partie – nur Hessen führt die Tarif-

verhandlungen mit seinen Beschäftigten allein.

Für die TdL war der eigenständige Kurs bisher von Vorteil. So konnten die Länder im Jahr 2006 nach einem harten Arbeitskampf eine von 38,5 auf bis zu 40 Wochenstunden verlängerte Arbeitszeit

durchsetzen. Zudem haben die Verhandlungsführer der TdL in den folgenden Jahren im Schnitt etwas günstigere Tarifabschlüsse erzielt als ihre Kollegen im Bund und in den Kommunen. Ein Beispiel (Tableau):

Die 2009 vereinbarten Lohnsteigerungen in den Bundesländern waren unterm Strich um 1,7 Prozentpunkte niedriger als jene im Bund und in den Kommunen im Jahr 2008.

Auch die pauschale Erhöhung aller Lohngruppen fiel in den Ländern geringer aus.

Zwar kamen die Beschäftigten der Länder dann 2010 und 2011 besser weg als die Mitarbeiter von Bund, Städten und Gemeinden. Dennoch sieht die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di noch immer einen deutlichen Lohnrückstand der Landesbeschäftigten und will daher in den anstehenden Tarifverhandlungen ein Plus von üppigen 6,5 Prozent durchsetzen. Schließlich gebe es aufgrund der vergleichbaren Tätigkeiten keinen sachlichen Grund, die Mitarbeiter auf Bundesländerebene schlechter zu bezahlen.

Dies ist ökonomisch betrachtet zwar richtig. Trotzdem dürfte ver.di ein Problem haben, der eigenen Anhängerschaft die Angleichung schmackhaft zu machen. Denn Anfang kommenden Jahres laufen auch wieder die Tarifverträge für den Bund und die Kommunen aus. Die Gewerkschaft wird den dort Beschäftigten wohl schwerlich vermitteln können, dass sie sich demnächst mit einem geringeren Lohnplus begnügen sollen, weil sie im Schnitt etwas mehr verdienen als ihre Kollegen in den Ländern.

Öffentlicher Dienst: Getrennte Wege in der Tarifpolitik

Tarifliche Entgeltregelungen (Auswahl)

■ Bund und Kommunen ■ Länder (ohne Berlin und Hessen)

2005	West: Pauschalzahlung von 300 Euro; Ost: Angleichung des Tarifniveaus von 92,5 auf 97 Prozent bis 1.7.2007; Laufzeit bis Ende 2007
	kein Abschluss
2006	kein Abschluss
	West und Ost: Pauschalzahlungen von insgesamt 210 bis 910 Euro (je nach Entgeltgruppe); Laufzeit bis Ende 2008
2008	West und Ost: Erhöhung aller Entgeltgruppen um 50 Euro, plus 3,1 Prozent ab Januar 2008, weitere 2,8 Prozent ab Januar 2009, plus Einmalzahlung von 225 Euro im Januar 2009; Ost: schnellere Anpassung des Tarifniveaus auf Westniveau; Laufzeit bis Ende 2009
	kein Abschluss
2009	kein Abschluss
	Pauschalzahlung von 40 Euro, plus Erhöhung aller Entgeltgruppen um 40 Euro, plus 3,0 Prozent ab März 2009, weitere 1,2 Prozent ab März 2010; Laufzeit bis Ende 2010
2010	1,2 Prozent ab Januar 2010, weitere 0,6 und 0,5 Prozent ab Januar und August 2011, plus Einmalzahlung von 240 Euro im Januar 2011; Laufzeit bis Ende Februar 2012
	kein Abschluss
2011	kein Abschluss
	Pauschalzahlung von 360 Euro, plus 1,5 Prozent ab April 2011, weitere 1,9 Prozent ab Januar 2012, plus Erhöhung aller Entgeltgruppen um 17 Euro ab Januar 2012; Laufzeit bis Ende 2012
2012	3,5 Prozent ab März 2012, jeweils weitere 1,4 Prozent ab Januar und August 2013; Laufzeit bis Februar 2014
	kein Abschluss

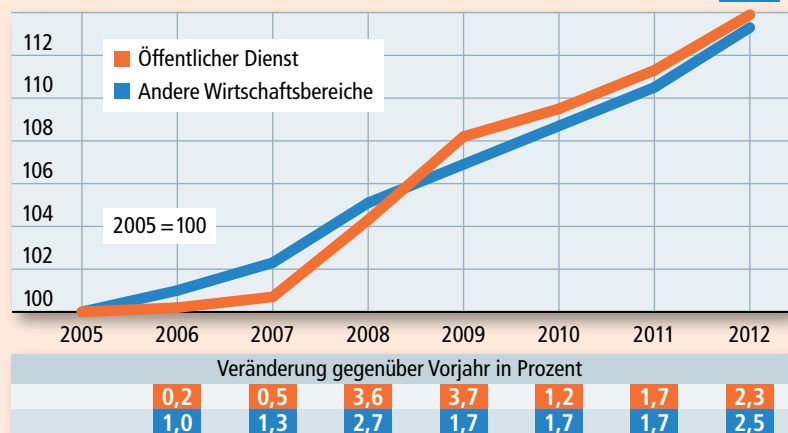
Der Grund, warum ver.di dennoch auf das Thema Lohnangleichung innerhalb des öffentlichen Dienstes setzt, liegt nahe: Mit dem althergebrachten Argument, die Staatsbediensteten kämen gegenüber den Beschäftigten der privaten Wirtschaft generell zu kurz, kann die Gewerkschaft nicht mehr ernsthaft punkten (Grafik):

Seit dem Jahr 2005 sind die Tariflöhne im öffentlichen Dienst insgesamt um 13,9 Prozent gestiegen – gegenüber 13,3 Prozent in den anderen Wirtschaftsbereichen.

Sollte ver.di dennoch seine tariflichen Vorstellungen in den Verhandlungen mit den Ländern auch nur annähernd durchsetzen, könnte dies für die Gesamtwirtschaft ernste Konsequenzen haben. Denn dieser Abschluss dürfte der erste der diesjährigen Tarifrunde sein und im Fal-

Lohnerhöhungen: Öffentlicher Dienst überholt private Wirtschaft

Tarifverdienste je Stunde



2012: vorläufige Berechnungen
Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank, WSI-Tarifdatenbank

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 4

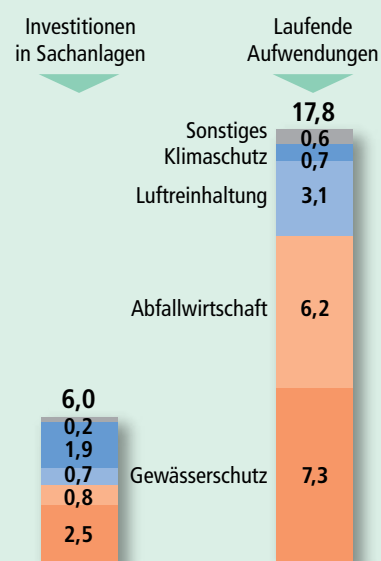
le hoher Lohnsteigerungen auch in anderen Branchen Begehrlichkeiten wecken.

Hinzu kommen die Folgen für die Haushalte der Länder. Zwar dürfte ver.di nur allzu gern darauf verweisen, dass die Bundesländer laut Steuerschätzung vom November 2012 im vergangenen Jahr 2,6 Milliarden Euro an zusätzlichen Einnahmen

verbuchen konnten. Doch eine Lohn- und Gehaltssteigerung von 6,5 Prozent, die auch den Beamten zugute käme, würde die Länderetats laut TdL mit mehr als 6,8 Milliarden Euro belasten. Angesichts der sich deutlich abkühlenden Konjunktur in Deutschland müssen die Bundesländer aber unbedingt auf Konsolidierungskurs bleiben.

Milliarden für den Umweltschutz

Aufwendungen des Produzierenden
Gewerbes in Deutschland im Jahr 2010
in Milliarden Euro



Produzierendes Gewerbe: ohne Bauwirtschaft
Sonstiges: z.B. Naturschutz und Landschaftspflege,
Bodensanierung, Lärm-
bekämpfung; Quelle:
Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 4

Öko-Investitionen sparen Kosten

Umweltschutz. Die deutsche Wirtschaft hat offenbar ein grüneres Gewissen, als manche Kritiker ihr zutrauen. Im Jahr 2010 gab allein das Produzierende Gewerbe ohne den Bausektor fast 24 Milliarden Euro für den Umweltschutz aus.

Von diesen Öko-Investitionen entfiel rund ein Viertel, also 6 Milliarden Euro, auf Sachanlagen. Davon flossen allein 2,5 Milliarden Euro in Vorrichtungen für den Gewässerschutz. Weitere 1,9 Milliarden Euro investierten die Firmen in Klimaschutzanlagen – beispielsweise um Emissionen zu senken oder die Energieeffizienz zu steigern.

Drei Viertel ihres grünen Investitionsbudgets – fast 18 Milliarden Euro – stecken die Betriebe in die laufenden Aufwendungen für den Umweltschutz. Dazu zählen etwa der Betrieb und die Wartung von Entsorgungs- und Kläranlagen, die Abfall- und Abwassergebühren, die die Firmen entrichten, sowie die Ausgaben für umweltbezogene Forschungsprojekte und für Umweltschutzbeauftragte.

Zwar resultieren Öko-Investitionen oft aus gesetzlichen Vorgaben. Doch viele Unternehmen engagieren sich auch aus finanziellen Gründen für ein besseres Klima und weniger Abfall: Mehr als sieben von zehn Umweltpersonen der Wirtschaft, die das Institut der deutschen Wirtschaft Köln im Herbst 2012 befragt hat, gaben Kosteneinsparungen als Motiv an. Jeweils etwa sechs von zehn Firmen investieren zudem in den Umweltschutz, weil sie sich davon ein besseres Image oder Wettbewerbsvorteile versprechen.

Hammer Unternehmen kümmern sich

Demografischer Wandel. Im westfälischen Hamm hilft die städtische Wirtschaftsförderung den Unternehmen dabei, ihre demografisch bedingten Probleme zu lösen.

Vor wenigen Wochen hat die Deutsche Bahn mit der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) einen Demografie-Tarifvertrag abgeschlossen, der zum zweiten Quartal 2013 in Kraft tritt und eine nachhaltige Personalpolitik voranbringt: Mit einer lebensphasenorientierten Gestaltung von Arbeitszeiten und Qualifizierung werden die wechselnden Bedürfnisse von 150.000 Beschäftigten künftig stärker als bisher berücksichtigt – und zwar vom ersten Arbeitstag bis zum Eintritt in die Rente.

Bereits in den vergangenen Jahren haben die Metallindustrie, die Chemiebranche und die Deutsche Post Demografie-Tarifverträge unterzeichnet und umgesetzt.

Doch auch auf regionaler Ebene lässt sich der demografische Wandel angehen, wie ein Beispiel aus Westfalen zeigt: Die Wirtschaftsförderung Hamm, eine 100-prozentige Tochter der Stadt Hamm, unterstützt die örtlichen Betriebe dabei, die demografisch bedingten Probleme zu lösen und wettbewerbsfähig zu bleiben. Eine Befragung von 201 Betrieben im September 2012 kam zu dem Ergebnis, dass den Firmen vor allem die Suche nach neuen Mitarbeitern sowie die Sicherung des vorhandenen Personals Sorgen machen (Grafik):

Fast zwei Drittel der Unternehmen gehen davon aus, aufgrund der Demografie künftig höhere Kosten für interne Qualifizierungen zu haben.

Rund ein Drittel sieht darüber hinaus Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Fachkräften auf sich zukommen, ein Viertel befürchtet Probleme bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen. Fast jeder fünf-

Kostenlose Workshops

Die Wirtschaftsförderung Hamm organisiert im März und Mai 2013 zusammen mit dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zwei weitere kostenlose Workshops zur besseren Mitarbeiterbindung und zum Übergangsmanagement. Interessierte Unternehmen können sich per E-Mail anmelden bei Wolfgang.Thomassen@wf-hamm.de oder beim IW Köln unter flueter@iwkoeln.de.

te Betrieb glaubt sogar, aufgrund von Personalengpässen künftig Aufträge ablehnen zu müssen.

Angesichts dessen sind die Firmen vor allem daran interessiert, ihre Belegschaft bis zum Rentenalter fit und motiviert zu halten. Außerdem hat jedes dritte Unternehmen Unterstützungsbedarf, wenn es darum geht, die Attraktivität als Arbeitgeber zu steigern.

In einem ersten Workshop im November 2012 hat die Wirtschaftsförderung Hamm zusammen mit dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) versucht, diese Probleme praxisnah zu lösen – und festgestellt, dass viele Unternehmen schon längst lebenszyklusorientierte Maßnahmen ergriffen haben: Sie bieten etwa Betriebskindergärten mit flexiblen Öffnungszeiten oder eine betriebliche Altersversorgung an.

Auch beim Gesundheitsmanagement sind einige Betriebe in Hamm gut aufgestellt – zum Angebot gehören Massagen am Arbeitsplatz oder Gesundheitstage. Andere innovative Maßnahmen werden ebenfalls schon praktiziert: So hat ein Bauunternehmen einen Sportlehrer engagiert, der regelmäßig mit den Angestellten auf der Baustelle Übungsprogramme absolviert – etwa zur Vorbeugung gegen Rückenbeschwerden.

Demografischer Wandel macht Sorgen

So viel Prozent der Unternehmen befürchten durch die demografischen Veränderungen diese Folgen



Mehrfachnennungen; Befragung von 201 Unternehmen in Hamm (Westfalen) im September 2012
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwd 4 - Foto: JSGN - Fotolia.com

Kampf gegen die Kapitalflucht

Euro-Krisenländer. Während Sparer in Deutschland für kurzfristige Geldanlagen derzeit kaum mehr als 2 Prozent Zinsen erwarten dürfen, locken die Banken der südeuropäischen Krisenländer mit deutlich höheren Margen.

Insbesondere in Spanien scheint sich die Lage weiter zuzuspitzen: Seit Anfang 2012 sind Einlagen im Wert von mehr als 154 Milliarden Euro von spanischen Bankhäusern abgezogen worden. Die Kreditinstitute leiden zunehmend unter Liquiditätsengpässen und kämpfen erbittert um die Gunst der Sparer (Grafik):

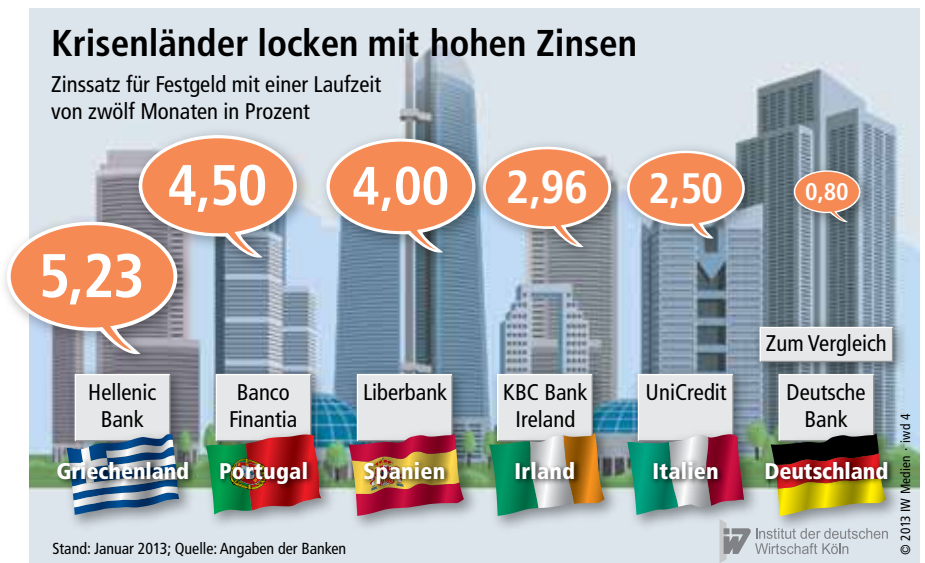
Die Liberbank lockt mit 4 Prozent Zinsen für zwölfmonatiges Festgeld.

Auch griechische Banken buhlen um die Gunst der Sparer. Bei der Hellenic Bank zum Beispiel gibt es rund 5 Prozent auf einjährige Anlagen. Bei der griechischen Postbank konnte man 2012 sogar 7 Prozent für sechsmonatige Anlagen erhalten.

Die griechische Zinshausse dürfte jedoch bald zu Ende gehen: Rekapitalisierungen und Fusionen lassen die Zahl der Banken sinken – und entschärfen damit den Wettbewerb.

Ganz anders ist die Lage in Spanien. Hier tobt ein knüppelharter Wettbewerb, der noch dadurch angefacht wird, dass die Banken derzeit bewusst schlechte Geschäfte machen: Da spanische Kreditinstitute aktuell Hypotheken zu einem Zinssatz von 1,5 Prozent anbieten, gleichzeitig aber Einlagen mit mehr als dem Doppelten verzinsen, müssen sie Verluste hinnehmen, um überhaupt an frisches Geld zu kommen.

Viele spanische Banken haben deshalb im Jahr 2012 einen Gewinn-



einbruch verzeichnet – so etwa die Banco Bilbao Vizcaya Argentaria (BBVA) oder Santander. Beide Institute mussten in großem Stil toxische Immobilienkredite abschreiben, was bei beiden Instituten das Ergebnis verschlechterte.

Kein Wunder also, dass die Ratingagentur Standard & Poor's schon Ende 2012 die Kreditwürdigkeit von 15 spanischen Banken herabstufte. Zudem sind weitere Ratingverluste zu erwarten, da die schlechten Konjunkturaussichten dafür sorgen dürften, dass der Anteil der ausgefallenen Kredite in den Bankbilanzen weiter ansteigt. Diese Kredite haben nach Angaben der Zentralbank ein Rekordniveau erreicht: Ihr Volumen lag im November 2012 bei knapp 191 Milliarden Euro – das waren 57 Milliarden Euro mehr als im Vorjahr.

Der Anteil nicht bedienter Kredite am gesamten spanischen Kreditvolumen betrug 2012 mehr als 11 Prozent. Bevor die Immobilienkrise in Spanien im Dezember 2006 begann, waren es nur 0,7 Prozent.

Zu Hilfe kommt den Banken die spanische Regierung. Im Dezember 2012 hat SAREB – eine Auffanggesellschaft mit einer privaten Kapitalmehrheit – den spanischen Banken erstmals toxische Wertpapiere, Kredite und Grundstücke mit großen Abschlägen abgekauft.

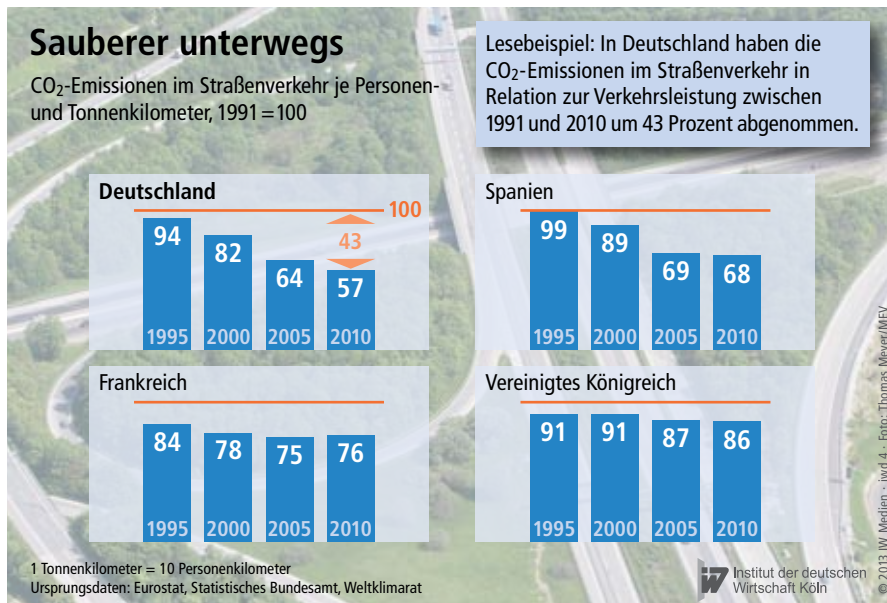
Immerhin steigt das Vertrauen der Anleger in die Krisenregionen laut Commerzbank langsam: Demnach fließt seit Anfang 2011 wieder mehr Geld in die europäischen Krisenländer. Italien etwa konnte Zuflüsse von 8 Prozent des BIP im Jahr 2012 verzeichnen. Auch Spanien verbuchte ein Plus. Aus Portugal ist im dritten Quartal 2012 zumindest kein Kapital mehr abgeflossen, in Griechenland dagegen herrscht weiterhin Kapitalflucht.

Ob damit bereits eine Trendwende eingeläutet ist, wird sich zeigen. Denn nach wie vor ist die Lage in den Krisenländern angespannt: Portugal kommt bei der Haushaltskonsolidierung nur sehr langsam voran und dürfte – wie Spanien – auf ein weiteres Hilfsprogramm zusteuern.

Abgasärmer auf deutschen Straßen

Straßenverkehr. Ein großer Teil der europäischen CO₂-Emissionen entsteht durch den Straßenverkehr – in den vergangenen Jahren ist dieser Anteil sogar gestiegen. Da aber gleichzeitig die Verkehrsleistung noch stärker zugenommen hat, sind Pkws und Lkws offenbar emissionsärmer geworden.

Knapp 19 Prozent der europäischen Kohlendioxid-Emissionen wurden im Jahr 2010 durch den Straßenverkehr verursacht – damit ist dessen Anteil an allen Emissionen seit 1990 um 5,7 Prozentpunkte gestiegen. Auch die insgesamt emittierte Menge von mehr als 877 Millionen Tonnen liegt über dem Referenzwert von 1990. Deutschland bildet hier allerdings eine Ausnahme: Als einziges Land hat es die Bundesrepublik geschafft, die absolute Emissionsmenge unter den Wert



von 1990 zu drücken – und zwar um 3,5 Prozent. Der Straßenverkehr gilt nichtsdestotrotz als Sorgenkind der europäischen Klimapolitik.

Doch allein die Emissionsmenge zu betrachten, greift zu kurz. Vielmehr muss berücksichtigt werden, dass sich der europäische Verkehrssektor nach 1990 praktisch neu erfinden musste. Wirtschaftliche Aufhol- und Verflechtungsprozesse in vielen Ländern haben dazu geführt, dass die Verkehrsleistung insgesamt gestiegen ist. In Deutschland beispielsweise hat die Verkehrsleistung zwischen 1991 und 2010 um 65 Prozent zugenommen.

Setzt man die CO₂-Emissionen in Relation zur Verkehrsleistung, die in Personen- und Tonnenkilometern gemessen wird, dann zeigt sich, dass die großen EU-Staaten seit 1990 beachtliche Fortschritte gemacht haben (Grafik):

In Deutschland ist der CO₂-Ausstoß zwischen 1991 und 2010 je Einheit Verkehrsleistung um 43 Prozent gesunken.

In Spanien sind die CO₂-Emissionen je Einheit Verkehrsleistung im selben Zeitraum um 32 Prozent zurückgegangen, in Frankreich immerhin um 24 Prozent.

Dass die Fahrzeuge immer sauberer auf europäischen Straßen unterwegs sind, liegt unter anderem an der effizienteren Fahrzeugtechnik und an verbesserten Logistikkonzepten. Hinzu kommt, dass es immer mehr Dieselfahrzeuge gibt. Deren Anteil an allen neu zugelassenen Pkws stieg in Westeuropa von knapp 14 Prozent im Jahr 1990 auf mittlerweile über 50 Prozent. Das hatte positive Auswirkungen auf den CO₂-Ausstoß, denn Dieselmotoren sind im Allgemeinen effizienter als Benzinmotoren.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Vanessa Dahm, Berit Schmiedendorf, Alexander Weber

Redaktionsassistentz: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,67/Monat, zzgl. € 3,08
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH,
Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich
(außer Juli und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
www.pressemonitor.de

iw.köln.wissen
SCHAFFT KOMPETENZ.